

Landesregierung. Selbstverständlich brauchen wir Investitionen in fossile Kraftwerke. Ich würde gerne mit Ihnen zusammen zum modernsten Kraftwerk Europas, das hier in Düsseldorf entsteht, pilgern. Es ist das effizienteste, modernste und umweltfreundlichste Gaskraftwerk, welches gleichzeitig Kraft und Wärme produziert. Das ist die Zukunft. Solche Investitionen brauchen wir. Für solche Investitionen wollen und müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern. So kann Energiewende funktionieren.

Wir geben in Nordrhein-Westfalen die Blaupause für eine umfassende Energiewende auch im Bund. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Auseinandersetzung scheuen wir nicht, und wir wollen sie führen. Wir können Energiewende besser. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Meine sehr Damen und Herren, bevor wir in die Abstimmung eintreten, haben zwei Abgeordnetenkollegen das Wort zu einer persönlichen Erklärung nach § 29 unserer Geschäftsordnung erbeten. Eine solche Erklärung hat vor der Abstimmung, aber nach der Debatte zu erfolgen.

Zunächst gibt Frau Kollegin Beer eine persönliche Erklärung ab. – Ich will noch erwähnen: Das bezieht sich auf die Debatte zu den Teilbereichen „Umwelt und Naturschutz“ bis „Landwirtschaft“. Während dieser Debatte kam es zu einer Äußerung hier am Pult, zu der jetzt Stellung genommen wird. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Deppe hat mich in seinem Redebeitrag zum Verbraucherschutz der versuchten Nötigung bezichtigt – der versuchten Nötigung, einen Redebeitrag zum Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes zu Protokoll zu geben.

Nach § 31 der Geschäftsordnung ist es möglich, einen Redebeitrag zu Protokoll zu geben. Nach Absprache der Parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen untereinander kann das nur im Einvernehmen aller geschehen. Diese Regel ist auch hier selbstverständlich im Einvernehmen und gemeinsamen Handeln mit dem Kollegen Lienenkämper eingehalten worden.

Ich habe viel Verständnis für temperamentvolle, auch für emotionale Debatten. Dafür kennen Sie mich, das betreibe auch ich sicherlich manchmal. Mit dieser Äußerung ist allerdings eine Grenze überschritten worden, die ich als persönliche Verunglimpfung empfinde. Der Vorwurf ist falsch, und ich weise ihn entschieden zurück.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Nun hat sich als zweiter Abgeordneter Herr Kollege Lienenkämper zu einer persönlichen Erklärung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Lienenkämper.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! So komme ich zu meiner Jungferrede in dieser Legislaturperiode.

Wie häufiger am Ende einer langen und intensiven Tagesordnung haben sich die Fraktionen über ihre Parlamentarischen Geschäftsführer darüber ins Benehmen gesetzt, die Reden zum letzten Tagesordnungspunkt „Landesforstgesetz“ zu Protokoll zu geben. Den Vorgang hat Frau Kollegin Beer zutreffend vorgetragen. Dieser dringenden Bitte hat sich für unsere Fraktion Kollege Rainer Deppe nach Diskussion, aber ohne Nötigung nicht verschlossen. Das Gesetz wird ausführlich in zweiter Lesung hier im Plenum diskutiert werden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lienenkämper. Wenn es nicht dieser Moment wäre, würde ich ja auch zu dieser Jungferrede gratulieren.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 10. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2110**, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – Fraktion der SPD und Fraktion Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten, die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass mit Mehrheit im Hohen Haus die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 10** in zweiter Lesung **verabschiedet** wurde.

Damit kommen wir zum nächsten Einzelplan, den ich aufrufen darf:

Einzelplan 09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Wir haben zwei Teilbereiche, „Bauen und Wohnen“ und „Stadtentwicklung und Verkehr“. Ich weise noch auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2109 hin.

Nun rufe ich auf

Teilbereich Bauen und Wohnen

und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Hausmann das Wort.

Wilhelm Hausmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist lange her, da hat Frau Kraft ihr Bündnis als „Koalition der Einladung“ postuliert. Wir haben 84 konkrete Änderungsvorschläge zum Haushalt gemacht, viele davon zum Einzelplan 09. SPD und Grüne haben alle Vorschläge unseres Sanierungskonzeptes rundweg abgelehnt. Sieht so Ihre Einladung aus?

Uns wundert es nicht mehr, dass Sie diese Zusage, wenn sie denn je ernst gemeint war, längst gebrochen haben. Genauso wie es den Wählerinnen und Wählern mit Ihren Versprechen ergangen ist, so geht es offenbar uns und den anderen in diesem Hause mit Ihren vollmundigen Ankündigungen zur Zusammenarbeit.

In den Bereichen Bauen und Wohnen setzt diese Regierung die falschen Schwerpunkte. Sie sparen bei Investitionen und nicht bei den Konsumausgaben. Das ist aus unserer Sicht eine grundsätzlich falsche Herangehensweise.

(Beifall von der CDU)

Beim sozialen Wohnungsbau setzen Sie, sehr geehrter Herr Minister Groschek, die fatale Tendenz der vergangenen Jahre unter SPD-Bauministern fort. Dazu einige Zahlen:

Das Volumen der Wohnraumförderung wurde für 2013 auf jetzt nur noch 800 Millionen € abgesenkt. Als Oppositionsfraktionen haben Sie sich sogar für eine gesetzliche Verankerung der Mindestförder-summe von 1 Milliarde € für die soziale Wohnraumförderung ausgesprochen. Auch wenn Sie sich jetzt nicht daran erinnern wollen: Das, was Sie jetzt zum wiederholten Male vorlegen, erreicht die Marke von 1 Milliarde € bei Weitem nicht.

Ich erinnere auch daran, dass unter der CDU-geführten Vorgängerregierung zuletzt deutlich über 1 Milliarde € in die Wohnraumförderung investiert worden ist. Sie tun nicht genug dafür, dass einkommensschwache Familien zu Eigentum kommen, Sie tun nicht genug dafür, dass diese Familien aktiv etwas für die Vermögensbildung tun können, und Sie tun nichts dafür, dass sie mit Eigentum fürs Alter vorsorgen können.

(Jochen Ott [SPD]: Sie haben Millionen verbrannt, dreistellige Millionenbeträge!)

Nein, Sie behindern diese Bemühungen und reduzieren die Eigentumsförderung auf einen historisch niedrigen Stand von nur noch 80 Millionen €.

Herr Minister Groschek, an dieser Stelle halten Sie in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen

einen einsamen Rekord, und das ist ein absolut negativer. Sie sind der Minusminister der sozialen Wohnraumförderung.

(Beifall von der CDU)

Sie reden sich auch gerne damit heraus, dass der Förderanreiz aufgrund des allgemein niedrigen Zinsniveaus im Wohnungsbau nicht ausreiche. Dabei ist dieser Zinssatz schon seit vielen Jahren auf immer wieder neuen historischen Tiefpunkten gelandet. Wir erwarten daher mehr von Ihnen.

Sie hatten mit Ihrem Haus Zeit genug, um an den anderen Bedingungen zur Attraktivierung der Förderprogramme zu arbeiten. Dazu gehören die Vereinfachung und Entbürokratisierung und vor allen Dingen die Aufgabe Ihres sozialdemokratisch verengten Weltbildes von freistehenden Eigenheimen gleich böse und verdichtetem sozialen Mietwohnungsbau in Düsseldorfer Bestlagen gleich gut.

(Jochen Ott [SPD]: In welcher Welt leben Sie denn?)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich von dieser Denkweise befreien könnten, dann könnten Sie auch Ihre Förderprogramme dahin gehend überprüfen, welche vielfältigen Formen der Eigentumsbildung im Wohnungsbau von der barrierefreien alterngerechten Eigentumswohnung bis hin zur Finanzierung von Genossenschaftsanteilen an Wohnbauprojekten machbar sein könnten.

Stattdessen haben Sie laut Wohnraumförderungs-bilanz 2012 gerade einmal ein Fördervolumen von 550 Millionen € realisiert. Das sind satte 300 Millionen € weniger, als die Landesregierung selbst als das Ziel für 2012 vorgegeben hatte.

Hierbei sticht besonders die Reduzierung der Eigentumsförderung heraus. Diese sank mit nur 171,5 Millionen € insgesamt auf 25 % Ihrer eigenen rot-grünen Eigentumsförderung des Jahres 2003. Diesen Trend der vernachlässigten Wohnraumförderung setzen Sie seit 2010 in Ihrer Regierungsarbeit fort.

Sehr geehrter Herr Minister, beim unstrittig teilweise großen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum darf gerade die Eigentumsförderung gegenüber dem Mietwohnungsbau nicht so massiv benachteiligt werden, wie es diese Landesregierung heute tut.

(Jochen Ott [SPD]: Kalter Krieg!)

Beides verdient eine angemessene Förderung, und für beides, Mietwohnungsbau und Eigentumsförderung, müssen die Bedingungen vereinfacht und entbürokratisiert werden.

(Jochen Ott [SPD]: Am besten in der Eifel, ja?)

Insgesamt hätte Ihnen die sinkende Wirksamkeit der Programme, die wir nicht erst anlässlich dieses Haushaltes diskutieren, zeigen müssen, dass das Festhalten an starren Förderprogrammen alleine

nicht mehr trägt. Was in der einen Region richtig und wichtig sein kann, kann in der anderen Region den Wohnungsmarkt ins Ungesunde verzerren. Sie spielen aber die Regionen gegeneinander aus.

Um einem von Ihnen vielbemühten Fallbeispiel einmal eine andere Sichtweise abzugewinnen, sage ich Ihnen Folgendes: Eine bessere verkehrsmäßige Anbindung gerade des ÖPNV des Ruhrgebiets an Düsseldorf würde den im Ruhrgebiet vorhandenen preiswerten Wohnraum mit der wirtschaftlich boomenden und natürlich CDU-regierten Stadt Düsseldorf verbinden. Sowohl für den Wohnraum als auch für den Verkehr sind schließlich Sie zuständig.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Sie sehen, wenn Sie konstruktiv über den Tellerrand hinausblicken, dass es weitaus mehr Gestaltungsspielraum gibt. Ihre Vorgehensweise im Wohnungsbau führt allerdings nur aufs Abstellgleis, und das haben Sie zu verantworten.

Was ist aus Ihren vollmundigen Ankündigungen im Koalitionsvertrag geworden? – Im Baugewerbe arbeitet bekanntlich das Handwerk. Betrachtet man die rot-grüne Regierung, dann arbeitet hier nur noch das Mundwerk. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das war ein ganz großer Scherz! – Gordan Dudas [SPD]: Da haben Sie aber ganz lange überlegt! – Jochen Ott [SPD]: Sie sollten sich an Richter orientieren, nicht an Schemmer!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Hausmann. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Becker.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist spät, und nachdem, was Sie gerade gesagt haben, Herr Hausmann, stellt sich die Frage, ob wir hier zum 24. Mal die Sache mit der Milliarde und den 800 Millionen € klären. – Ich glaube, das hat wenig Sinn.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wir schließen mit dem Einzelplan 09 jetzt die zweite Lesung des Haushalts für das Jahr 2013 ab. Ich wollte es eigentlich ganz kurz machen und ähnlich wie Franz Müntefering sagen: Regierung gut, Fraktion besser, Haushalt spitze, Glück auf!

Aber ich will doch noch ein, zwei andere Punkte deutlich machen. Denn im Gegensatz zu dem, was Sie behauptet haben, ist das ein guter Haushalt. Dies gilt auch für den Einzelplan 09. Denn er setzt auch mit Blick auf die ab dem Jahr 2020 einzuhaltende Schuldenbremse und entsprechenden Einsparungen eigene Akzente und Schwerpunkte. Damit setzen wir genau den Leitsatz des Ministers um, der da lautet: Nicht mehr „Weiter so und mehr!“, sondern „Weniger und anders!“

(Beifall von der SPD)

Das gilt auch für den Bereich der Stadtentwicklung. Hier sind die Ansätze im Vergleich zum Vorjahr um 37 Millionen € reduziert. Allerdings sind davon nur – in An- und Abführungszeichen – 22 Millionen € in der sinkenden Nettoneuverschuldung begründet. Ansonsten handelt es sich bekannterweise um das Auslaufen der Konjunkturpakete des Bundes.

Dieses Geld werden wir zukünftig, um in der Diktion des Ministers zu bleiben, anders einsetzen. Wir werden Zug um Zug beginnend mit diesem Haushalt neue Wege gehen und Kräfte bündeln. Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung jetzt die Förderung des Programms „Soziale Stadt“ ressortübergreifend ermöglichen wird. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen präventiven Quartiersentwicklung, wie wir es auch in unserer Koalitionsvereinbarung festgehalten haben.

Damit werden wir in Nordrhein-Westfalen wieder einmal wie beim Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ eine Vorreiterfunktion übernehmen. Wir als Fraktion werden diesen Prozess unterstützen und – sagen wir mal – fordernd begleiten.

(Beifall von der SPD)

„Anders“, das gilt auch für den Bereich der Wohnraumförderung. Hier ziehen wir nämlich die Konsequenzen aus der von Schwarz-Gelb zu verantwortenden Fehlentwicklung. Sie müssen einmal überlegen – wir haben es im Ausschuss rauf und runter diskutiert –, warum die Mittel nicht abgeflossen sind. Wir wollen neuen Schwung in den sozialen Wohnungsbau bringen, damit deutlich mehr Investoren das Geld, das wir für Wohnraumförderung zur Verfügung stellen, auch wirklich abrufen.

Wir wollen und werden dafür sorgen, dass das Geld auch da ankommt und verbaut wird, wo es mit Blick auf die Versorgung der Menschen mit Wohnraum gebraucht wird. Es wird nicht da verbaut, wo Sie es gerne wollen.

(Beifall von der SPD)

Das Geld – 800 Millionen € werden es sein – setzen wir überwiegend für Mietwohnungsbau und eben nicht für Eigentumsförderung, aber auch für investive Bestandsaufnahmen, energetische Sanierung und Förderung von studentischem Wohnraum und Quartiersentwicklung ein. Auch das ist gut so und ein Schritt in die richtige Richtung.

Jetzt muss ich noch einmal auf die Anträge der CDU eingehen. Über 80 Anträge haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt. Auf eine Beratung im Fachausschuss, der ein paar Stunden vorher getagt hat, haben Sie verzichtet, weil Sie wohl auch erkannt haben, dass wie im richtigen Leben gilt: Quantität ist nicht gleich Qualität.

(Beifall von der SPD – Gordan Dudas [SPD]:
So ist das? Aha!)

– Ja. – Aber das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir werden Ihren Anträgen aus gutem Grund zu einer entsprechenden Bekanntheit verhelfen. Ich wollte mich eigentlich auf zwei Beispiele beschränken. Aber da wir alle nach Hause wollen, beschränke ich mich auf ein Beispiel.

Das Beispiel ist die Kürzung des Zuschusses an das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung. Sie wollen den Zuschuss komplett streichen – immerhin sind es 4 Millionen € – und sagen: Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Handlungsproblem.

In einer Zeit, in der wir, wie eingangs dargestellt, gerade im Bereich der Stadtentwicklung mit weniger Geld andere und neue Wege gehen müssen, in dem wir neue Ansätze suchen und finden müssen, in einem Bereich, in dem sich neue Aufgaben auf-tun, wollen Sie die Forschung ernsthaft weitgehend einstellen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus wissen Sie, dass das ILS auch Wissenstransfer betreibt und für die Bildung von Netzwerken von großer Bedeutung ist. Auch das ist in den Zeiten, die auf uns zukommen, wichtig.

Deshalb: Ihre Politik ist von gestern. Unser Land braucht Politik für morgen. Deshalb werden wir Ihre Politik ablehnen und dem Haushalt zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Gordan Dudas [SPD]:
So ist es!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Becker. – Wir können nach diesem Redebeitrag natürlich noch nicht nach Hause gehen. Vielmehr folgt ein nächster.

(Jochen Ott [SPD]: Eigentlich ist alles gesagt!)

– Ich wusste, dass so eine Bemerkung kommt. Deswegen habe ich es ja gesagt. Trotzdem spricht jetzt für die FDP-Fraktion Herr Kollege Ellerbrock. Bitte schön.

(Jochen Ott [SPD]: Dem Herrn Ellerbrock hören wir gerne zu!)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Ott, wenn eine solche Bemerkung zum zweiten Mal kommt, dann habe ich auf dieser Seite die Probleme, und Sie lachen. Das lassen Sie sein.

(Heiterkeit – Martin Börschel [SPD]: Das ist ja sein Ziel!)

Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht ist der Haushalt des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr die Spardose des Landes. Da wir immer sagen, dass wir sparen wollen, müsste es eigentlich gut sein, dass die Landesregierung spart. Nur sehen wir es als falsche Prioritätensetzung an, bei diesen Infrastrukturmaßnahmen und im Baubereich zu sparen.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr seid ja Sankt-Florian-Sparer!)

Denn man muss die Studienbeiträge und das kostenfreie dritte Kindergartenjahr in Relation zu den Dingen sehen, die wir als wichtig erachten. Und dazu gehören die Infrastrukturmaßnahmen. Da unterscheiden sich unsere Bewertungen grundsätzlich.

Gleichwohl erkennen wir an, dass Sparbemühungen sichtbar sind. Ich will das gleich in Bezug auf den Verkehrsbereich noch einmal erläutern. Wegen des Pferdefleischskandals tue ich mich schwer, es Rosstäuscherei zu nennen. Aber wir müssen schon einmal in die Zahlen gucken, ob das wirklich so ist, was Sie es dargestellt haben.

Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht spart die Landesregierung an der falschen Stelle. Der Minister gibt ja immer vor, gespart werden müsse aufgrund der besonderen Bedeutung der Felder „Kinder, Bildung und Kommunen“. So ganz zufrieden sein können Sie damit nicht.

Denn wie man sieht, sollen die enormen Kosten der Inklusion auf die Kommunen abgewälzt werden, wovon die Kommunen ja nicht ganz so glücklich sind. Und wenn ich sehe, dass auch der U3-Ausbau erhebliche Probleme mit sich bringt, müsste bei Ihnen doch ein internes Missbehagen, dass man sich Ihres Haushalts bedient hat, aber im Endeffekt etwas anderes bewirkt, zu gewissen Diskussionen führen.

Über die Probleme, dass Sie an der falschen Stelle sparen im Bereich Mietwohnungsbau, zugegeben große Probleme bei der derzeitigen Zinssituation, hatten wir schon im Ausschuss gesprochen. Es ist eine Falschdarstellung, denn die Studierendenwohnungen werden jetzt auch noch da mit reingepackt. Der Kollege hat eben deutlich gemacht, welche Leistungen Schwarz-Gelb hier hatte. Darüber können wir lange reden. Das ist uns, glaube ich, inzwischen bewusst, dass Sie weniger machen und wir mehr investiert hatten. Das müssen wir einfach mal so zur Kenntnis nehmen.

Bei der Eigentumsförderung hat sich Ihr Denken, glaube ich, auf die – wachsenden – Großstädte fokussiert. Die Hidden Champions, die versteckten Champions, im Bereich Bergisches Land, Ostwestfalen, Schwerte vernachlässigen sie. Dort gibt es Industrien, oft Weltmarktführer, die Facharbeiter beschäftigen, aber auch solche, die unter Facharbeitermangel leiden. Für diese Bereiche wäre es natürlich gut, würden die Mittel für die Eigentumsförderung nach wie vor auch abgerufen; das wäre gerade

für kinderreiche Familien gut und es käme zu einer Verknüpfung mit dem Sozialbereich.

Ich glaube, auch da gehen unsere Meinungen weit auseinander. Wir sehen nicht, dass Eigentumsförderung zu diskriminieren wäre. Nein, das ist eine Sache für kinderreiche einkommensschwache Familien, die zudem der Entleerung des ländlichen Raums und damit dem Facharbeitermangel entgegenwirkt. Im ländlichen Raum hat Eigentumsförderung eine andere Bedeutung als in den Städten. Auch uns ist bewusst, dass in Randlagen des ländlichen Raumes die Immobilienwerte heute anders zu sehen sind als früher. Das kann man anders steuern. Auch da kann man eine Innenentwicklung vornehmen. Das ist nicht der Grund, auf eine Eigentumsförderung in diesen Gebieten zu verzichten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich kurz machen: Sie setzen auch im Bereich der sozialen Wohnraumförderung falsche Prioritäten. Im Bereich der Eigentumsförderung vergessen Sie den ländlichen Raum. Darin sehen wir Disparitäten.

Trotzdem bieten wir Ihnen nach wie vor an, konstruktiv mitzuarbeiten.

Wir haben uns auch aufgrund der in Ihrer Person liegenden besonderen Fähigkeit, sprachlich manches zu überzeichnen, darüber unterhalten, da die Mehrwertsteuer abzuziehen und dann zu versuchen, in anderer Wortwahl im Gespräch zu bleiben. Bemühen Sie sich weiter darum! Wir bemühen uns weiterhin um ein konstruktives Miteinander. Ich glaube, so können wir weitergehen.

Das soll nicht verkleistern: Sie setzen die falschen Prioritäten. Wir würden es viel besser machen und haben es nachgewiesen, dass wir es besser machen konnten. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das leider nicht! Das war jetzt nicht mehr gut!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Für die Grünen-Fraktion hat nun Frau Kollegin Schneckenburger das Wort.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Ellerbrock, der letzte Satz „Wir haben es besser gemacht und es nachgewiesen“, ist natürlich ein höchst amüsanter Abschluss Ihrer Rede gewesen. Denn dass Sie es besser gemacht hätten, das haben Sie gerade nicht nachgewiesen, sondern genau das Gegenteil.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben über Jahre hinweg eine falsche Wohnungsbauförderpolitik im Land betrieben.

(Beifall von Jochen Ott [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Das kann man nachweisen. Sie haben dazu beigetragen, dass Mittel im ländlichen Raum verbaut wurden, die in den Wachstumsregionen für den Mietwohnungsbau dringend gebraucht worden wären. Das kann man nachweisen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben damit auch das Wohnraumfördervermögen überbucht. Das kann man auch nachweisen.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Das ist alles durch Zahlen belegt.

Dazu kommt übrigens noch Ihr Bundesbauminister. Die Kollegen der CDU nennen ihn harmlos verniedlichend „Ramses“. Dieser Herr Ramsauer setzt dann noch einen obendrauf. Der kommt nämlich jetzt an mit der Erkenntnis, dass man längst hätte etwas tun müssen, weil die Mieten in deutschen Großstädten explodieren, übrigens auch im Rheinland und in anderen Regionen unseres Landes. Auch da verzeichnen wir enorme Mietsteigerungen. Herr Ramsauer will dem dann wieder mit der Eigenheimzulage als Instrument begegnen, um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen, also mit der Zersiedelungsprämie, die gerade abgeschafft worden ist. Mit der kommt jetzt Ramsauer wieder an.

Sehr geehrte Damen und Herren von Schwarz-Gelb, ich kann nicht erkennen, dass Sie die Weichen in der Vergangenheit richtig gestellt hätten, im Gegenteil. Die Fehlentwicklung ist gerade durch Ihre Politik mit unterstützt worden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist der Grund, warum wir gesagt haben, es bedarf einer Neuausrichtung der Wohnungsbauförderpolitik. Wir wollen eine Konzentration der Mittel auf die Handlungsnotwendigkeiten, nämlich auf das Segment der wachsenden Märkte in Nordrhein-Westfalen, was den Mietwohnungsbau angeht, ohne aber außer Acht zu lassen, dass im Land auch ansonsten noch Handlungsbedarfe da sind, zum Beispiel, was den qualitativen Umbau angeht. Das Wohnraumförderprogramm ist inzwischen auch auf diese Schwerpunktsetzung ausgerichtet worden.

Ich will aber noch auf einen anderen Punkt eingehen, den Sie jetzt charmant unterschlagen haben, nämlich auf die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit der Städtebauförderung im Landeshaushalt um? Das ist ein wichtiger Etat, um gerade die Auseinanderentwicklung zwischen den Städten in Nordrhein-Westfalen politisch anzugehen.

Wir haben übrigens schon im letzten Haushalt dafür gesorgt, dass die Kürzungen, die Ihr Herr Ramses, also Ihr Herr Ramsauer, auf Bundesebene vorgenommen hat und die wiederholt vorgenommen worden sind, auf Landesseite nicht mitvollzogen wurden. Das kann man auf Dauer nicht aufrechterhalten. Wir haben das aber einmalig getan, um dafür

zu sorgen, dass die Kommunen mit Handlungsproblemen wieder in der Lage sind, ihre Stadtentwicklung durch Beantragung von Fördermitteln wieder in die Hand zu nehmen. Das ist der eine Baustein.

Wir haben auf der anderen Seite mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen dafür gesorgt, dass die Kommunen überhaupt wieder in der Lage sind, ihren Eigenanteil in der Städtebauförderung darzustellen.

Beides, sowohl die Finanzierung der Städtebauförderung als auch der Stärkungspakt Stadtfinanzen, sind absolut wichtige Instrumente für die Kommunen, die gerade unter entsprechenden Problemlagen leiden.

Ganz problematisch ist es aber, wenn Ihr Herr Ramses, Herr Ramsauer, auch noch die soziale Stadt – übrigens auf Druck der FDP – „enthauptet“, weil er das Programm des entscheidenden integrierten Handlungsansatzes beraubt. Das ist die Förderung des Bundes, die die Städte mit wachsenden sozialen Problemlagen nicht brauchen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist auf den Einfluss der FDP zurückzuführen, die an der Stelle nicht für soziale Wärme und auch nicht für integrierte Handlungsansätze steht, sondern ihren Einfluss in einer ganz falschen Richtung geltend gemacht hat.

Ich will noch einen Punkt ansprechen – Kollege Becker hat es auch schon gesagt –: Die CDU wiederholt häufig, man habe keinen Erkenntnismangel, sondern einen Umsetzungsmangel. Das ist die Diktion, die über Ihren Haushaltsanträgen steht. Deswegen wollen Sie auch das Landesinstitut plattmachen. Unter Ihrer Regierungszeit ist dem Landesinstitut aufgetragen worden, Leibniz-Institut zu werden. Nachdem sich das Landesinstitut auf diesen Weg gemacht hat, wollen Sie ihm unter der Maßgabe, kein Erkenntnisproblem zu haben, den Teppich unter den Füßen wegziehen.

Ich finde, ehrlich gesagt, mancher in Nordrhein-Westfalen hat doch ein Erkenntnisproblem, was die Handlungsnotwendigkeit in der Städtebauförderung und in der Wohnungspolitik anbelangt. Ich würde Ihnen empfehlen, vielleicht häufiger auf die Expertise des ILS zurückzugreifen.

Das ist ein guter Haushalt. Wir werden ihm zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneckenburger. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bewohner von NRW, ich will diesmal nicht über Eigen-

heimförderung oder mutwillige Zersiedelung sprechen – das haben wir zum Haushalt 2012 gemacht, das haben wir im Ausschuss in den Sitzungen mit den Nummern 1 bis n gemacht –, sondern zur Wohnungspolitik allgemein.

Wenn wir über Wohnungspolitik reden, sprechen wir über ein Grundrecht – ein Grundrecht, das allen Menschen ermöglicht werden muss, unabhängig von Herkunft und Einkommen. Es geht weit über die reine Behausung hinaus. Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis, und die Aufgabe der Wohnungspolitik ist, dies zu erfüllen. Wohnungspolitik ist immer auch Sozialpolitik, und falsche Wohnungspolitik hat fatale Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse. Die Folgen einer Fehlentwicklung sind unabschätzbar.

Vor einem Monat konnte in Köln eine Zwangsversteigerung von 1.200 Wohnungen sprichwörtlich in letzter Minute verschoben werden.

(Zuruf von der SPD: Durch die Stadt!)

Vor zwei Tagen wurde das Ergebnis der Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ vorgelegt, welches den erschreckenden Zustand vieler Wohnungen in NRW und die üblen Auswirkungen einer ausschließlich auf Rendite setzenden Wohnungswirtschaft offenbart hat.

Auf der einen Seite bilden sich durch den Prozess der Gentrification Wohngebiete der Wohlstandsgesellschaft. Aus ihnen werden marginalisierte Gruppen verdrängt. Im fortgeschrittenen Zustand würden es „Gated Communities“. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite derselben Medaille ist die zunehmende Bildung von verwahrlosten Quartieren innerhalb der Städtecluster des Ruhrgebiets und einzelner Großsiedlungen entlang der Rheinschiene. Im fortgeschrittenen Zustand werden sie zu Armenvierteln. Es geht also nicht nur um die finanziellen Folgen, sondern auch um die gesellschaftlichen Kosten und nicht zuletzt um die individuellen Schicksale, wenn die Wohnadresse darüber entscheidet, welche Chancen man in dieser Gesellschaft hat. Teilhabe und Chancengerechtigkeit sehen anders aus!

In diesem Zusammenhang wird gerade wieder eine neue Sau durchs Dorf getrieben, das vermeintliche Problem der sogenannten „Armutszuwanderung“. Es ist nicht das Problem bestimmter Menschengruppen, sondern die grundlegende Problematik sozialer Segregation. Man macht es sich zu leicht, wenn man mit Vorurteilen und Schuldzuschreibungen Menschen als Problem abzustempeln versucht. Es stimmt nicht, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen das Problem wären. Das ist nur die polemische Suche nach Sündenböcken. Das Problem sind die Umstände, in denen sie und andere Ausgrenzte notgedrungen leben müssen.

(Beifall von den PIRATEN)

Man kann, nein, man muss dieser Entwicklung entgegenwirken. Der Koalitionsvertrag sieht das sogar als Absichtserklärung vor. Der Haushaltsplan zeugt jedoch nicht mehr davon. Ein beherztes Investieren am Wohnungsmarkt könnte dem entgegenwirken. Ein BGE könnte dem entgegenwirken. Viele Lösungsmöglichkeiten könnten dem entgegenwirken; die meisten werden als unbezahlbar bezeichnet. Selbst Projekte wie die Soziale Stadt, von denen jeder weiß, dass sie nicht ausreichen – aber Städtebauförderung wirkt zumindest, das haben wir 2012 an dieser Stelle diskutiert –, lässt man schulterzuckend kürzen.

Frau Schneckenburger, es ist nicht so, dass Sie die Kürzungen des Bundes durch Landesmittel ausgeglichen hätten.

Viele Familien geben fast die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für Wohnungskosten aus. Selbst viele Familien mit Wohnberechtigungsschein haben keine Aussicht auf eine Sozialmietwohnung, weil es immer weniger davon gibt.

Für viele Menschen sind selbst Sozialwohnungen zu teuer. Für sie bleiben die Substandardwohnungen, allgemein „Schrottimmobilien“ genannt. Viele davon sind eigentlich unbewohnbar. Ihr Zustand wird dem Anspruch auf ein würdevolles Leben nicht gerecht. Wer Menschen lange genug nötigt, in solchen Zuständen zu leben, der sollte nicht überrascht sein, wenn sich aufgetauter Frust plötzlich in Gewalt entlädt. Das ist in Paris, London und in Los Angeles bereits geschehen. In der Theorie entstehen dann sogenannte Unterlassungskosten: Sachbeschädigung, Verletzte. In Wirklichkeit sind das die unbezahlbaren Kosten.

(Beifall von den PIRATEN – Jochen Ott [SPD]: Ein ganz müder Applaus!)

Ich frage Sie daher: Entspricht die Entwicklung Ihren Zielen und Visionen einer sozial gerechten und nachhaltigen Gesellschaft? Entspricht dieser Haushaltsplan diesen Zielen? Haben Sie die langfristigen Kosten dieser Entwicklung kalkuliert? Haben Sie die möglichen Unterlassungskosten in der Haushaltsplanung berücksichtigt?

Es gibt noch eine dritte Lesung. Sie stehen in der Verantwortung. Stellen Sie sich selbst erneut diese Fragen, bevor Sie unter „parlamentarischen Zwängen“ oder sonstigen Ausreden einen Haushalt beschließen, der nicht einmal Ihren eigenen Ansprüchen genügt. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bayer. – Nun spricht für die Landesregierung der zuständige Minister, Herr Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr

Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ja, lassen Sie es mich noch einmal sagen: Die Politik des „Weiter so und mehr“ ist vorbei. Wir haben eine politische Phase des „Weniger und deshalb anders“ vor uns. Gerade unter dieser Überschrift bleibt wichtig, was Kollege Bayer sehr deutlich markiert hat. Das Recht auf gutes und bezahlbares Wohnen für alle ist ein soziales Grundrecht für alle und muss es auch bleiben.

(Beifall von der SPD)

Diesem Recht ist unsere Politik verpflichtet. Gerade deshalb bin ich zutiefst davon überzeugt, dass es keinen Sinn macht, einer Zahl hinterherzurennen, sondern im Gegenteil sehr sinnig ist, ein Ziel zu verfolgen. Dieses Ziel ist das Realisieren des Rechtes auf gutes und bezahlbares Wohnen.

(Beifall von der SPD)

Dem folgt auch unser Wohnungsbauprogramm. Das ist im Umbruch und im Umbau. Wir gehen jetzt gemeinsam den ersten Schritt. Das ist noch eine relativ lange Schrittfolge. Wir sind noch längst nicht an dem Ziel, das ich mit möglichst vielen von Ihnen – Herr Kollege Hausmann: die Einladung – verfolgen möchte, um auch in ganz anderen und schwierigen Zeiten unser gemeinsames Grundrecht zu gewährleisten.

Wir haben 800 Millionen € plus X. Selbst wenn die 800 Millionen € trotz der Erschwernisse wie der KfW-Programme und des historischen Zinstales abgerufen werden, wie ich es mir sehr wünsche, hätten wir noch Reserven, die wir an sinnvollen und richtigen Schwerpunkten nachschieben könnten. Wir geben 450 Millionen € für den sozialen Mietwohnungsbau aus. Ja, wir geben immer noch 80 Millionen € für die Eigentumbildung aus, und zwar räumlich unbeschränkt, wenn es in ein überzeugendes kommunalpolitisches Handlungsprogramm eingebunden ist.

(Zustimmung von Jochen Ott [SPD])

Das wenige Geld, das wir haben, dürfen wir nicht wie Kamelle am Rosenmontagszug willkürlich in die Regionen werfen, sondern nur gezielt.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Wir haben neue Schwerpunkte gesetzt, über die wir in der Stadtentwicklung weiter diskutieren müssen. Das sind Schwerpunkte beim studentischen Wohnen mit der Perspektive des generationenübergreifenden Planens und Bauens. Es sind auch die Perspektiven der Quartiersentwicklung. Hier stehen wir wahrlich erst am Anfang. Hier möchte ich Sie auf einen Weg mitnehmen, bei dem wir uns gemeinsam stolz auf dem Gipfel erinnern können: Weißt du noch, wie es 2012/2013 alles angefangen hat, als wir nicht geglaubt haben, wirklich Heimat für alle vor der Haustür zu schaffen?

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich dazu gleich noch mehr sagen.

Wir haben die Stellschrauben der Programmausformung verändert, haben über Miethöhen diskutiert und sie verändert, und wir haben über eine Regionalisierung von Mitteln geredet und dort verändert. Wir haben unser Bekenntnis in Programmform abgelegt. Es heißt: Sozialer Mietwohnungsbau darf nie mehr zur schlechten Adresse des billigen Jakob werden.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Die wirklich neue Heimat darf nie mehr an die alte Neue Heimat erinnern. Das ist und bleibt unsere Grundüberzeugung.

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen Partner – möglichst viele im Parlament, aber auch darüber hinaus. Die Kommunen müssen beispielsweise bei der Mobilisierung von Grundstücken gerade für den gebundenen sozialen Wohnungsbau helfen. Es gibt Städte, die es besser machen, und Städte, die es schlechter machen. Aber jedenfalls brauchen wir die Städte. Herr Kollege Ellerbrock, deshalb bin ich sehr dafür, alle Städte wieder in die Lage zu versetzen, selbstständig handlungsfähig zu sein. Eine Stadt im Nothaushalt ist unter der „Diktatur“ der Kommunalaufsicht eben nicht als Partner für den aktiven Wohnungsbau handlungsfähig. Deshalb ist es mein großes fachministerielles Interesse, alle Städte als Partner gewinnen zu können, weil sie wieder finanziell handlungsfähig sind.

(Beifall von der FDP)

Deshalb ist es meine volle Überzeugung, Städte zu stärken. Bei der Wohnungswirtschaft ist nur eine Minderheit Heuschrecke und eine Mehrheit vernünftiger und sozialorientierter Partner, möglichst wirtschaftlich stark.

Wir werden in der nächsten Woche zusammen mit der Wohnungswirtschaft öffentlich ein Bündnis für Wohnen bekunden, um eines deutlich zu machen:

(Zustimmung von Holger Ellerbrock [FDP])

Das Recht auf soziales Wohnen wollen wir an den großen Stellschrauben demografischer Wandel und energetische Gebäudesanierung so miteinander vereinbaren, das möglichst viel praktische Zielsetzung erreicht wird und wir nicht nur bei theoretischer Zielbeschreibung verharren.

(Beifall von der SPD)

Ich freue mich darüber, dass so viele Partner zu diesem Bündnis Ja gesagt haben. Auch der Mieterbund wird eingeladen bleiben.

Die Redezeit zu diesem Punkt ist abgelaufen. Lassen Sie mich eine letzte Anmerkung machen.

Mietpreisgrenzen, Wohnungsaufsicht – unter uns brauche ich den Begriff der Wohnungspolizei nicht zu benutzen – und sich um verwahrloste Immobilien zu kümmern – wenn notwendig auch mit neuem Recht und neuer Ordnung –, bleibt unsere gemeinsame Verpflichtung.

Fühlen Sie sich alle herzlich eingeladen, nicht erneut die Fehler der Vergangenheit zu begehen und keine 92.000 Wohnungen zu privatisieren. Jeder sollte zu seiner Teilschuld stehen, Kollege Ellerbrock.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Niemand kann seine Hände in Unschuld waschen, wenn er lange genug Politik gemacht hat. Gleichwohl sollten wir nicht „Schwamm drüber“ sagen, sondern den Blick nach vorne richten. Viele Schultern können gemeinsam mehr tragen als die sehr starken rot-grünen Schultern allein.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Groschek. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zum

Teilbereich Stadtentwicklung und Verkehr

Für die CDU-Fraktion rufe ich Herrn Kollegen Schemmer auf.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht von ungefähr spielt der Bereich „Bauen und Verkehr“ hier im Landtag eine besondere Rolle. Er kommt bei den Haushaltsberatungen als Letztes an die Reihe. Daraus kann man erkennen, wie diese Landesregierung Bauen und Verkehr behandelt. Innerhalb weniger Jahre wird das Haushaltsvolumen von 50 auf 60 Milliarden € erhöht. Aber beim Haushalt für Bauen und Verkehr ändert sich fast gar nichts. Ein bisschen – etwas mehr als 10 Millionen – hat sich geändert. Aber dabei handelt es sich ausschließlich um durchgeleitete Bundesmittel. 20 % mehr im Haushalt, 3,5 Milliarden € neue Schulden, aber nichts für Bauen und Verkehr. Sie können erzählen, was Sie wollen: Bauen und Verkehr spielt in dieser Landesregierung schlicht keine Rolle, soweit es den Inhalt angeht.

(Beifall von der CDU)

Ich kann es Ihnen auch ganz anders sagen: Sofern sich Minister Groschek zu dem einen oder anderen Punkt äußert, ist man immer der Meinung, dass der alte Generalsekretär spricht.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Berücksichtige ich, welches Gewicht er bei den Haushaltsberatungen mitbringt, komme ich zu dem Schluss, dass es sich eigentlich um einen Leichtmatrosen handelt.

(Beifall von der CDU)

Ich sprach eben schon davon: Deshalb steht der Einzelplan 09 zu Recht als letzter auf der Tagesordnung. Wenn von den 150 Millionen €, die gespart werden, ein Drittel beim Minister für Bauen und Verkehr gespart wird, und dann nur bei den Investitionen – die Ansätze bei den konsumtiven Ausgaben erhöhen sich sogar noch –, belegt das, dass Sie für Konsumieren viel übrig haben, wenig aber für Investieren, um dieses Land nach vorne zu bringen.

(Beifall von der CDU)

Ein Beispiel: Sie kürzen bei den Maßnahmen für den Landesstraßenbau einschließlich Radwege um 21 Millionen €. Es wird immer erzählt, es gehe um den Erhalt von Neubau. Das ist Grimms Märchenstunde. Sie geben für die Erhaltungsinvestitionen die gleichen 80 Millionen € aus, die wir im Jahre 2009 auch schon ausgegeben haben. Durch ständiges Wiederholen wird das nicht besser. Sie ändern dadurch Ihre Zahlen doch nicht.

Noch einmal: Sie geben für den Landesstraßenbau insgesamt 30 Millionen € weniger aus als 2009. Sie kürzen darüber hinaus noch die Stadterneuerungsmittel. Frau Schneckenburger hat im Übrigen gar nicht bei den Tagesordnungspunkten aufgepasst, sondern schon beim Bereich Wohnen von Stadterneuerung gesprochen. Sie sollte das vielleicht etwas differenzierter tun. Vielleicht verlange ich ein bisschen zu viel von ihr.

Ich wiederhole es: Sie kürzen bei den Stadterneuerungsmitteln um 20 Millionen €, und es geht – das ist nicht Ihre Schuld, Herr Minister Groschek; das war die Leistung Ihres Vorgängers – noch weiter: Ihr Vorgänger hat es geschafft, im Jahre 2011 30 Millionen € an Bundesmitteln überhaupt nicht auszugeben und hatte – Entschuldigung dafür – diese grandiose Idee, dass die Städte und Gemeinden mit ihren Aufgaben um das Konjunkturprogramm II schon ausgelastet werden.

(Jochen Ott [SPD]: Ihre Nase wächst schon wieder! Das ist doch Quatsch!)

Ich glaube, dass nicht die Städte und Gemeinden, sondern das Ministerium überfordert war, um es noch einmal so anzusprechen.

Wir haben alleine im Bereich „Bauen und Verkehr“ mehr als 50 Millionen € an Sparvorschlägen gemacht, allerdings auch 30 Millionen € zusätzlich für Investitionen vorgeschlagen, damit sich das Land nach vorne bewegt. Das waren 20 Millionen € über den Haushaltsansatz von Rot-Grün hinaus.

Ich kann es nur noch einmal sagen: Weniger konsumieren, mehr investieren! Oder andersherum: Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern es gibt bei Rot-Grün immer nur ein Umsetzungsproblem. Dieses Umsetzungsproblem ist doch das, was Ihnen im Wege steht.

Jeden Tag haben Sie eine neue Forderung an den Bund, statt Ihre Hausaufgaben in Nordrhein-Westfalen selber zu machen. Das ist das Dummste, was hinterherkommt.

(Jochen Ott [SPD]: Lassen Sie sich einmal von Herrn Rasche beraten!)

Kurzum: Mal Generalsekretär, mal Leichtmatrose! Das ist für einen Bauminister in Nordrhein-Westfalen zu wenig. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Ganz peinlich!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schemmer. – Für die SPD-Fraktion läuft bereits – sportlich, sportlich, Herr Kollege! – Herr Breuer ans Pult. Bitte schön.

Reiner Breuer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer unserer altgedienten Kollegen hat mir eben ein Zitat genannt, das von Johannes Rau stammen soll:

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Die höchste Form der Geheimhaltung ist das Halten einer Landtagsrede nach 17 Uhr.

Bei Ihnen wäre es gut, wenn es dabei bliebe und Ihre Rede geheim gehalten würde.

(Beifall von der SPD)

Sie war wirklich nicht erbauend. Die Bürgerinnen und Bürger wollen das, glaube ich, in dieser Form von Ihnen nicht hören. Beschäftigen wir uns deshalb mit den Dingen, die wirklich wichtig sind. Ich finde, unser Minister Herr Groschek hat unter dem Motto „Wir reparieren Deutschland!“ einen guten Vorschlag gemacht, eine Initiative anzustoßen, die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland wieder in Ordnung zu bringen. Das Motto ist gut. Die Initiative klingt auch ein bisschen nach Bob der Baumeister. Vielleicht stellt uns Mike der Minister bald die entscheidende Frage: Können wir das schaffen? Can we fix it?

(Jochen Ott [SPD]: Ja, wir schaffen das!)

– Er kennt die Antwort: Jo, wir schaffen das! Yes, we can!

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, von so viel Gemeinschaft sind wir jedenfalls nach den Reden, die ich bisher hier und heute im Landtag gehört habe, noch weit entfernt. Gleichwohl sind die Her-

ausforderungen, die wir haben, parteiübergreifend anerkannt und groß.

Denn die Brücken in Deutschland bröseln. Die Schlaglöcher werden tiefer. Die vorhandene Infrastruktur ist an ihrer physikalischen Grenze angekommen. Noch haben wir in Nordrhein-Westfalen eine gute Infrastruktur. Das muss man bei der Gelegenheit einmal sagen.

Aber Fakt ist, dass alleine 375 Brücken des Bundes hinsichtlich ihres baulichen Zustandes als kritisch beurteilt werden, jedenfalls nach der Bundesanstalt für Straßenwesen, die das 2009 einmal aufgelistet hat. Die meisten Brücken und Straßen sind enormen Belastungen ausgesetzt, für die sie einfach nicht gebaut sind.

Meine Damen und Herren, die Beeinträchtigungen, die durch den Zerfall unserer Infrastruktur für die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger entstehen, sind erheblich, und zwar in wirtschaftlicher, in ökologischer und auch in ökonomischer Hinsicht. Wir haben es in Leverkusen und Köln schon erlebt, wo wir zwei gravierende Fälle haben, die gelöst werden müssen. Deshalb sind wir auch parteiübergreifend in der Diskussion, wie wir zu einer dauerhaften und soliden Finanzierung unserer Infrastruktur kommen können.

Die Diskussion, die wir in der letzten Woche mit Dr. Daehre im Verkehrsausschuss begonnen haben, der uns den Kommissionsbericht zur Zukunft der Infrastrukturfinanzierung vorgestellt hat, hat drei Erkenntnisse deutlich gemacht:

Erstens. Unsere Infrastruktur ist chronisch unterfinanziert.

Zweitens. Der Bund muss die Finanzierung dauerhaft gewährleisten und eine zweckentsprechende Verwendung sicherstellen.

Drittens. Wir brauchen zusätzliche nutzerfinanzierte Mittel, die verursachergerecht erhoben werden.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass wir uns in diesem Zusammenhang für eine Ausweitung der Lkw-Maut einsetzen. Denn schließlich belasten die Lastkraftwagen die Straßen um ein Vielfaches mehr als Pkw. Sie müssen deshalb für die stärkere Inanspruchnahme auch stärker herangezogen werden.

Wir werden aber auch weiterhin – davon werden Sie uns nicht abhalten, Herr Schemmer – einfordern, dass unser Land entsprechend seiner verkehrlichen und wirtschaftlichen Bedeutung bei der Vergabe von Finanzmitteln und bei der Berücksichtigung von Projekten berücksichtigt wird. Wir nehmen die Benachteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht länger hin.

Dies alles hat auch etwas mit dem Haushalt des Landes zu tun, insbesondere der Unterfinanzierung des ÖPNV und auch der Straßen und Wege. Die

sogenannten Entflechtungs- und Regionalisierungsmittel müssen dauerhaft gesichert und in Nordrhein-Westfalen besser verteilt werden. Das Land Nordrhein-Westfalen leistet im Rahmen seiner eigenen finanziellen Handlungsmöglichkeiten auch eigene Beiträge. Das wollen Sie nicht hören, Herr Schemmer. Sie unterhalten sich freundlich mit Ihren Kollegen. Aber Sie würden besser mal zur Kenntnis nehmen, dass das Land auch für den ÖPNV natürlich Geld leistet,

(Beifall von der SPD)

und zwar genau da, wo Sie streichen wollen. Zum Beispiel das Sozialticket: 30 Millionen € ist auch viel Geld. Das nehmen Sie anscheinend nicht zur Kenntnis, sondern sie wollen es streichen. Das ist aus unserer Sicht auch keine Lösung.

Es bleibt auch im Landesstraßenbau bei dem Grundsatz des Erhalts von Neubau. Für uns stehen die Sicherung und der Erhalt des vorhandenen Straßennetzes im Vordergrund unserer Politik. 80 Millionen € für ein 12.000 km langes Straßennetz sind auch Geld. Das ist eine erhebliche Leistung, die wir hier bringen. Kein Cent und kein Euro werden hier gekürzt. Wir gehen in den Landesstraßenneubau mit 44 Millionen €. Das ist schmerzhaft, aber es ist kein Stillstand, den wir erzeugen, sondern wir setzen klare Prioritäten. Wir hinterlassen Ihnen, Herr Schemmer, keine Bauruinen, die Sie gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler und Ihren Parteifreunden besichtigen. Den Gefallen werden wir Ihnen nicht tun. Wir konzentrieren uns auf das Machbare und werden gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ehrlich sein.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Es ist kaum zu ertragen, wie schizophren Sie sich hier darstellen. Auf der einen Seite wollen Sie, dass wir weiter investieren, auf der anderen Seite klagen Sie beim Verfassungsgerichtshof gegen die Verschuldung. Man muss sich schon in einem intellektuellen Wachkoma befinden, um das so zu sehen, wie Sie das tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir tragen jedenfalls auch schmerzhaft Einsparungen mit. Wir sind angesichts der Schuldenbremse gezwungen, hier aktiv zu werden. Es ist die Kunst gefragt, mit weniger Mitteln mehr zu bewirken. Wir stellen uns dieser Herausforderung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Breuer. – Nun spricht Herr Ellerbrock für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollegin Schneckenburger, Sie hatten eben gesagt, Sie könnten nicht wahrnehmen,

dass Schwarz-Gelb im Baubereich eine höhere Leistungsfähigkeit und Effizienz hatte als Sie. Das zeigt für mich, dass Ihre subjektive Wahrnehmung der Realität doch deutlich hinter meiner objektiven Darstellung der Realität zurückbleibt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von der SPD)

Das wollen wir einmal so festhalten.

(Jochen Ott [SPD]: Wie geil ist das denn?)

Kollege Groschek, Sie haben etwas Positives gesagt, indem Sie sagten, wir haben einen gemeinsamen Weg vor. Wir haben ein Kooperationsangebot gemacht. Wenn Sie dabei noch deutlicher sagen würden, dass es Ihnen in besonderem Maße darauf ankommt, privates Kapital für öffentliche Aufgaben verfügbar zu machen und wir das hier nicht diskriminieren dürfen, dann ist das sicherlich eine Aussage, die uns durchaus das weitere Begleiten Ihrer Politik erleichtert.

Meine Damen und Herren, zum Verkehrshaushalt. Herr Breuer hat eben gesagt, der Bereich Verkehr ist unterfinanziert. Das stimmt. Wir müssen deutlich machen: Über Jahrzehnte in unterschiedlicher Farbgestaltung hat der Bund Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer für andere Aufgaben zweckentfremdet. Das müssen wir festhalten.

(Oliver Bayer [PIRATEN]: Stimmt!)

Zweitens. Die Forderung, dass für das marode Infrastrukturnetz, das wir als Transitland haben, dringend gehandelt werden muss, eint uns, glaube ich, auch. Wer jedoch Forderungen nach Berlin stellt, muss den Eigenanteil, letztendlich eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Dem wird die Mittelverteilung, die Sie hier vornehmen, natürlich nicht gerecht.

Kollege Schemmer hat doch recht, wenn er sagt, dass da eine Falschdeklaration – ich wollte jetzt nicht Rosstäuscher sagen – erfolgt. Erhalt vor Neubau! Die Neubaumittel werden in erheblichem Umfang gestrichen. Die Erhaltungsmittel werden konstant gehalten.

(Gordan Dudas [SPD]: Da sagt der Bund etwas anderes!)

Oder wie hat mein Kollege Brockes ausgerechnet? Mit 110.000 € mehr – das sind gerade mal 0,65 % der vorgenommenen Kürzungen! Wer das als eine Falschdeklaration darstellt und versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken: „Jawohl, wir nehmen Neubaumittel heraus, und die bringen wir in den Erhalt“, dann stimmt das was nicht. Das macht es in der Diskussion mit Berlin auch schwierig, dort finanzielle Forderungen abzurufen. Denn dort wird man sagen: Dann investiert erst einmal mit euren eigenen Möglichkeiten. Was in den letzten Jahren war, schreibt es zumindest fort und kümmert euch um eure eigene Infrastruktur. Punktum.

Ich glaube, wir sind gut beraten, dass sich in dieser Situation – Herr Schemmer, das ist sicherlich auch Ihre Meinung – die Regierung auf uns zubewegen sollte. Denn die Forderungen müssen wir gemeinsam stellen.

(Jochen Ott [SPD]: Herr Ellerbrock, Sie vielleicht! Nicht Herr Schemmer!)

Sonst kommen wir gar nicht zu Potte.

Kollege, was hatten Sie? – Der Kollege hatte eine Wortmeldung verbal dargestellt.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Der Kollege muss noch lernen, dass die Wortmeldung nicht durch Zwischenbrüllen, sondern durch das Drücken des roten Knopfes angemeldet wird. Eigentlich müsste es ihm leichtfallen, diesen Knopf zu drücken.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Reinbrüllen macht mehr Spaß!)

Hier müssten wir natürlich auch eins sagen: Warum werden wir denn schlechter vom Bund behandelt als andere Länder? Uns fuchst das auch. Aber wenn wir die Planungen überall zurückfahren und die Baureife nicht nachweisen können, wird das schwierig.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Propaganda! Das stimmt doch gar nicht!)

Kollege Schemmer, ich sage noch einmal – wir hatten uns ja darüber unterhalten –: Wir müssen bei allen sachlichen Differenzen, die wir haben, gegenüber Berlin gemeinsame Wege finden, mit einer Stimme zu sprechen. Wer uns beide kennt: Der Konsens ist dem Kollegen Schemmer und mir schon genetisch in die Wiege gelegt worden.

(Lachen von der SPD)

Ich verstehe das Lachennicht. Sie können gerne Frau Kollegin Schneckenburger fragen, ob ich konsensorientiert bin oder nicht. Oder fragen Sie Frau Voigt-Küppers!

(Dennis Maelzer [SPD]: Sie schon, aber Herr Schemmer doch nicht!)

– Kollege Schemmer ist in manchen Aussagen etwas überpointiert, aber in der Zielrichtung haben wir überhaupt keine Probleme. Ich habe auch manchmal meine Schwierigkeiten, gebe ich zu. Aber in der Zielrichtung sind wir uns einig. Ich glaube, Kollege Schemmer wird mit am Gipfel stehen und sagen: Herr Groschek, wissen Sie noch damals in Ihrer kurzfristigen Regierungszeit: Sie sind einen Weg gegangen, den wir woanders mitgegangen sind. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. Zeitlich eine Punktlandung. – Als Nächster spricht für die grüne Fraktion Herr Beu.

Rolf Beu (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Wenn ich richtig mitgehört und mitgezählt habe, ist es der zehnte Einzelplan, den wir gestern und heute beraten. Und es ist das zehnte Mal, dass ich von Vertretern der Opposition sowohl der CDU als auch der FDP gehört habe, dass hier viel zu viel gespart würde, viel zu wenig Geld ausgegeben würde. Das ist genau an dem Punkt hier wieder gesagt worden nach dem Motto, wir würden viel zu wenig Geld für den Straßenbau ausgeben.

Gleichzeitig hören wir immer – da sind dann die Klagen von Ihrer Seite, auch über die Gerichte und woanders –, dass wir viel zu wenig sparen würden. Ich frage mich: Ist das nicht schizophren, oder reden Sie nur das, was einem gerade in den Kram passt: mal mehr Geld auszugeben fordern, mal weniger Geld?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock?

Rolf Beu (GRÜNE): Ja, eine!

Vizepräsident Oliver Keymis: Eine Zwischenfrage gestatten Sie. – Herr Ellerbrock, Ihre Chance.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich darf auch nur eine stellen, weil mich dann der Präsident unterbricht. Dann muss ich noch einmal draufdrücken, um die zweite zu stellen.

Fangen wir erst einmal an! Herr Kollege, um einer Legendenbildung entgegenzuwirken: Könnten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht gesagt haben, hier würde zu viel gespart, sondern dass wir gesagt haben, diese Landesregierung setzt die falschen Prioritäten? Sollte Ihnen das entgangen sein, dann kann ich das nicht verstehen, weil ich mich immer bemühe, deutlich artikuliert zu reden.

Rolf Beu (GRÜNE): Herr Kollege Ellerbrock, das war rhetorisch eine Feststellung und keine Frage. Aber es ist nicht so. Ich habe immer nur gehört: mehr Forderungen, mehr Forderungen. Natürlich hat zumindest die CDU versucht, einen Deckungsvorschlag zu bringen. Der einzige Deckungsvorschlag ist das Sozialticket, nämlich das Sozialticket wieder vollständig abzuschaffen. Das ist eine Position, die wir als unsolidarisch gegenüber den ärmeren Teilen der Bevölkerung dieses Landes werten müssen.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Einigkeit mit der Linkspartei!)

Ich möchte auch, Herr Lindner, nicht die Diskussion fortführen, dass wir als NRW tatsächlich unterfinanziert und vom Bund benachteiligt werden. Diese Diskussion kann man immer wiederholen. Sie würde aber hier heute nicht weiterführen.

Minderausgaben sind auch eine Chance, tatsächlich politisch alles zu hinterfragen. Ich glaube, die Zeiten einer autogerechten Stadt, die Zeiten gigantischer unterirdischer Stadtbahnbauten, die immer noch wir zum Beispiel in Städten des Ruhrgebietes vorhalten, sind ein für alle Mal vorbei. Sie sind unwiderruflich zu Ende.

Mit den Folgen dieser Gigantomie müssen wir heute noch leben. Deshalb ist es auch absolut notwendig, den Erhalt vor den Neubau zu setzen. Das ist keine rot-grüne Ideologie, denn es ist anscheinend zumindest verbal auch die Politik der Bundesregierung, wie man uns aus den neuen Schwerpunktsetzungen des Bundesverkehrsministeriums zumindest glauben zu machen versucht.

Sanierung und Erhalt haben Priorität. Auch in den soeben verschickten Richtlinien ist das erkennbar. Dem großen Sanierungsbedarf der Straßen trägt dieser Haushalt Rechnung. Über 80 Millionen € stehen im Haushalt 2013 dafür zur Verfügung.

Im Bereich der Nahmobilitätsförderung wird auch im Haushalt 2013 ein wichtiger Akzent gesetzt. Auch wenn aus Sicht der grünen Fraktion die geplanten Einschnitte im Bereich des Radwegebaus schmerzhaft sind: Wir wollen die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr weiter fördern und deutlich ausbauen. Der im letzten Jahr beschlossene Aktionsplan Nahmobilität und die Ausschreibung für die Radschnellwege weisen den richtigen Weg.

Darüber hinaus kann man auch sagen: Der Haushalt hat die gestiegene ÖPNV-Pauschale berücksichtigt. Das Sozialticket ist unverändert enthalten. Der Haushalt ist ein guter Haushalt, der die Chancen für eine Verkehrswende mit den drei großen Vs bietet: Vermeiden, Verlagern, Verbessern – Vermeiden von überflüssigen Wegen, Verlagern auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und Verbessern hin zu effizienteren Technologien. Das ist ein Haushalt, der in diese Zeit passt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Beu. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte sieben, acht, neun Leute im Saal und Zehntausende am Stream – von wegen Geheimhaltung!

(Beifall von den PIRATEN)

Das Geheimnis, Herr Schemmer, ist übrigens: Das Beste kommt zum Schluss, auch mit dem Einzelplan. Mit oder ohne Kürzung beim Sozialticket: Mobilität ist teuer, ganz egal, ob wir mit dem Auto, dem Bus oder der Bahn unterwegs sind.

Mobilität ist nicht nur teuer, sondern sie wird in Zukunft sowohl in absoluten als auch in den relativen Kosten noch teurer. Nicht mobil zu sein, bedeutet schnell, von den gesellschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen zu sein. Mobilität ist in einer modernen Gesellschaft ein Grundrecht.

Aber es sind nicht nur die Menschen, es ist auch die Wirtschaft, die eine funktionierende und auch bezahlbare Verkehrsinfrastruktur zwingend braucht. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind Investitionen in die Zukunft. Wer hier spart, spart an der falschen Stelle, weil er langfristig Kosten produziert. Langfristig, über Jahrzehnte können wir sparen und Mobilität für alle garantieren, wenn wir den ÖPNV ausbauen und attraktiver machen.

Das meint Herr Beu mit „Verkehrswende“. Dies betrifft auch Siedlungsentscheidungen. Wenn gerade schrumpfende Städte aus der Not heraus Bauland in den Randlagen ausweisen, dann erzeugt dies zusätzlichen Mobilitätsbedarf, der zumeist mehr Autoverkehr verursacht.

Wir wollen den ÖPNV stärken und sind für eine nachhaltige Flächenbewirtschaftung. Dafür brauchen wir kompakte Siedlungskörper mit kurzen Wegen, die eine hohe Verdichtung ermöglichen und angesichts einer alternden Gesellschaft dringend benötigt werden.

Deshalb fordern wir Piraten den fahrscheinlosen ÖPNV. Wir fordern ein klares Bekenntnis zu diesem ÖPNV, das sich auch in den Einzelentscheidungen im Landeshaushalt widerspiegeln muss und nicht ein bloßes Lippenbekenntnis sein darf.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir wissen, dass wir für eine funktionierende Versorgung und eine den Menschen dienende Wirtschaft ein funktionierendes und belastbares Straßennetz brauchen. Wir sind jedoch der Meinung, dass es höchste Zeit ist, ernsthaft den Ausbau von Alternativen voranzubringen. Eine solche Alternative ist der ÖPNV, der in besonderer Weise gefördert werden muss.

Der Koalitionsvertrag gibt Anlass zur Hoffnung. Wir freuen uns, dass insgesamt die Notwendigkeit einer substanziellen Verbesserung des ÖPNV gesehen wird. Wir freuen uns auch, dass der RRX im ÖPNV-Gesetz eine exponierte Stellung erhielt. Im Haushalt jedoch spiegelt sich das alles nicht wider.

Es werden im Wesentlichen Bundesmittel weitergeleitet. Von Aufstockung, dem Ausgleich von Kürzungen des Bundes oder der Übernahme von Ver-

antwortung ist nichts zu sehen. Es wäre deutlich mehr möglich.

Wir wollen Sie davon überzeugen, dass der fahrscheinlose ÖPNV eine perfekte Maßnahme auf dem Weg zu einem attraktiven ÖPNV ist. Viele Menschen draußen im Land sind längst davon überzeugt.

Letztlich rechnet sich dieses Projekt unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kosten. Die Kosten des motorisierten Individualverkehrs werden nicht einmal im Ansatz in den Bilanzen abgebildet.

Wir geben jedes Jahr 7,2 Milliarden € weniger für die Verkehrsnetze aus, als wir müssten, um sie auf Dauer zu erhalten; Herr Breuer erwähnte die Daehre-Kommission. Ein „Weiter so“ können wir uns nicht leisten.

Ein fahrscheinloser ÖPNV kostet – je nach Gültigkeitsbereich, Kommune und Ausgestaltung – in voller Ausprägung zwischen 5 und 25 € pro Person im Monat; 20 bis 25 € sind an das NRW-Semesterticket angelehnt. Für einen gut ausgebauten lokalen ÖPNV würden wir – als Haushaltsabgabe – nicht mehr als für ARD und ZDF bezahlen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Bayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Marsching?

Oliver Bayer (PIRATEN): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Bayer. – Sind Sie der Meinung, dass die Position, die die Piraten hier vertreten, eventuell so wichtig sein könnte, dass die anderen Kollegen im Landtag Ihrer Rede aufmerksam zuhören sollten und nicht so laut reden, dass selbst ich in der ersten Reihe Sie nicht mehr verstehe?

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Oliver Bayer (PIRATEN): Wenn Sie mich in der ersten Reihe nicht mehr verstehen können, habe ich für Ihr Anliegen volles Verständnis. Daher lautet meine Antwort: Ja.

Die Zahlen im Zusammenhang mit dem fahrscheinlosen ÖPNV zeigen, dass wir es zwar mit einem teuren, aber absolut nicht unbezahlbaren Vorhaben zu tun haben.

Mit unserem Haushaltsantrag zur Auslobung eines Ideenwettbewerbs „Fahrscheinlose Kommune“ wollen wir vorhandene Konzepte in der Praxis darstellen und zudem ein Zeichen dafür setzen, dass wir

alle eine kreative Umsetzung der Zukunftsaufgabe „nachhaltige und faire Mobilität“ brauchen.

Die von uns dafür angesetzten 5 Millionen € sind gut angelegtes Geld. Das gilt auch dann, wenn es uns gelingt, eine Debatte anzustoßen über Mobilität als gesellschaftliche Aufgabe, darüber, welche politischen Rahmenbedingungen Mobilität braucht, und über die Rahmenbedingungen, die wir schaffen können und schaffen müssen.

Es geht nicht darum, Autos zu verbieten, aber es geht unbedingt darum, die volkswirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Schäden des Autoverkehrs zu minimieren – weniger Verkehrsflächen, weniger Lärm, mehr Raum für Stadtleben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herzlichen Dank, Herr Bayer. – Nun spricht für die Landesregierung – ich zitiere mit meiner eigenen Erlaubnis den Redner Breuer – „Mike, der Minister“. Das hat mir gefallen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Minister Groschek, Sie haben das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident, da kann ich Ihnen nicht widersprechen. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch zwei, drei Anmerkungen zur Stadtentwicklung machen. Wir haben in diesem Teilbereich des Etats 2013 weniger Geld – rund 22 Millionen € weniger – zur Verfügung, das ist richtig.

Gleichwohl geben wir noch für Denkmalschutz, Förderung und Stadtentwicklung 251 Millionen € aus. Dahinter können sich andere Bundesländer auch quotat deutlich verstecken. Wir sollten uns an dieser Stelle ein Stück weit selbstbewusster aufstellen.

(Beifall von der SPD)

Um es gleich vorwegzunehmen, Herr Kollege Ellerbrock: Ich habe nichts gegen Public Private Partnership, wenn es sich wirklich um Partnerschaft handelt und nicht um das Ausnehmen einer Weihnachtsgans durch eine bestimmte Seite dieser Partnerschaft.

(Beifall von der SPD)

Wenn man also gemeinsam kassiert und nicht arbeitsteilig der eine kassiert und der andere nachschießt, dann kann man von einer vernünftigen Partnerschaft reden.

Es sollte nicht so laufen, wie es der Bundesrechnungshof dem Land Niedersachsen bei dem Bau der A1 attestiert hat. Aber dazu will ich mich nicht näher äußern; denn es gibt ja eine neue Landesre-

gierung, die verantwortlicher mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgehen wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, dass derjenige, der sich über einen Misserfolg von PPP beklagt, zugleich der ist, der schlecht verhandelt hat?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Da würde ich jetzt erst einmal in das Gutachten schauen und prüfen, welcher Minister in Niedersachsen welche Verantwortung getragen hat. Das können wir noch einmal im Ausschuss vertiefen, Herr Kollege Ellerbrock. Dann werden wir auch Gelegenheit haben, über die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung A1/NRW zu reden, wenn die abgeschlossen ist. Da muss es also eine Partnerschaft geben und kein Missverhältnis.

Berlin hat uns in einem Punkt inzwischen fast schon überholt: beim Prinzip „Erhalt geht vor Neubau“. Ich kann Ihnen nur empfehlen, einen Blick in die Kriterien zur Entwicklung des Bundesverkehrswegeplans 2015 zu werfen.

Er wird von Rot-Grün vollendet werden, wenngleich er noch von Schwarz-Gelb in Berlin geschrieben worden ist. Darin steht: Sollte nach den Erhaltungsinvestitionen noch Geld übrig sein, dann werden wir in den Neubau dort investieren, wo es um Lückenschluss und Engpassbeseitigung geht.

Sollte dann wider Erwarten noch etwas übrig sein, werden wir – als Bund – auch in den realen Neubau einsteigen. So restriktiv sind wir gar nicht. Wir haben ein Herz für das Handwerk im Straßenbau – nicht so wie Herr Ramsauer, Herr Kollege Schemmer.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zurück zur Perspektive: Wenn man jetzt einmal von der Frage „100.000 € mehr, 100.000 € weniger“ wegguckt, glaube ich, dass wir uns über ganz andere Kriterien zu unterhalten haben, nämlich darüber, wie wir sozialverträgliche, umweltverträgliche Mobilität organisieren, die die Menschen und die Güter beweglich erhält. Da müssen wir uns meines Erachtens gemeinsam verpflichten, heute Infrastruktur zu planen und zu bauen, die es morgen den Menschen

ermöglicht, Mobilität mit dem Smartphone und nicht allein mit dem Zündschlüssel zu gewährleisten. Das ist die politische Herausforderung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es reicht nicht, nostalgisch darüber nachzudenken, wie schön die autogerechte Stadt doch war. Sie war nie schön und wird auch nie schön werden, Herr Kollege Schemmer.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Das habe ich auch nie gefordert!)

In Bezug auf den Bund möchte ich zwei Punkte ansprechen. Erstens. Ich bin mit Herrn Ramsauer bei Beurteilungen zum Teil einig und liege mit ihm zum Teil völlig quer. Wenn wir an den Bund appellieren, tun wir das immer nur da, wo er die originäre Zuständigkeit hat. Die hat er beispielsweise beim Abschließen einer Finanzierungsvereinbarung für die Betuwe-Line. Hier ist ein Versagen auf der ganzen Linie zu konstatieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass das Dezemberfieber im August vor der Bundestagswahl so groß sein wird, dass Herr Pofalla Herrn Ramsauer derart Beine machen wird, dass wir endlich eine Finanzierungsvereinbarung hinbekommen. Was Sie nicht schaffen, schafft vielleicht Herr Pofalla.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Anmerkung: Ich würde mich freuen, wenn entweder der Staatsminister im Auswärtigen Amt oder der Außenminister selbst Herrn Ramsauer daran erinnern würde, vielleicht nicht dem Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen die außenpolitische Verantwortung zu überlassen, um endlich die Betuwe-Line und den Eisernen Rhein mit Belgien und den Niederlanden hinzukriegen. Wir würden es als Auftragsverwaltung gerne machen. Dann müssen sie aber bezahlen. Für lau machen wir Ihre Arbeit nicht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rehbaum?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön.

Henning Rehbaum (CDU): Sehr geehrter Herr Minister, Sie sprachen gerade davon, dass Sie weg von der Autogesellschaft und hin zu anderen künftigen Verkehrsträgern umschichten wollen. Warum wird denn dann der Mittelansatz für Radwege an

Landesstraßen deutlich gekürzt, nämlich im siebenstelligen Bereich, und warum werden für Rad-schnellwege keine Mittel eingestellt?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sie werden sich wundern, wie die weitere fiskalische Entwicklung in diesem Bereich verlaufen wird. Ich hoffe, Sie halten dann Schritt, wenn wir sagen: Nahmobilität muss nachhaltig gestärkt werden; denn das hat Zukunft. Die Kombination zwischen Stadtentwicklung und Mobilitätsgewährleistung bedeutet das Überwinden des Spartendenkens, das wir auch bei der Finanzierung überwinden müssen; denn Herr Daehre weist uns neue Wege. Bei ihm als Christdemokraten nehme ich das gern zur Kenntnis. Herr Daehre sollte in Ihren Reihen wieder aktiv werden. Dann wird die Verkehrspolitik besser.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Henning Rehbaum [CDU]: Die Antwort, bitte!)

Herr Präsident, ich weiß jetzt nicht, wie viel Redezeit mir noch verbleibt. Die Anzeige ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Soll ich es Ihnen ehrlich sagen, Herr Minister? 31 Sekunden.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Gut. Dann liegt mir viel daran, zu sagen: Der Landesbetrieb Straßen.NRW leistet hervorragende Arbeit – ganz im Gegensatz zur Opposition, jedenfalls zur christdemokratischen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das begründe ich anhand von zwei Beispielen.

Erstens. Es ist zu wenig, sich mit der Brückenbau-problematik in Form von Mätzchen auseinanderzusetzen. Es reicht nicht, wenn Herr Vossemer sich auf die A1-Brücke stellt und sagt: „Groschek macht Show; die Brücke ist in Ordnung“, obwohl alle wissen: Die Brücke droht zusammenzukrachen.

(Jochen Ott [SPD]: Wenn sie bei ihm schon einmal hält!)

Zweitens. Genauso wenig reicht es, wenn der Kollege Wittke sagt: Groschek lässt Brücken prüfen, die es gar nicht mehr gibt.

Wir haben eine Bundesliste von 375 Brückenbauwerken, die nachzurechnen sind. Auf dieser Bundesliste von 2008/2010 stehen einige Brückenbauwerke, die inzwischen durch Neubauten ersetzt worden sind. Daraus abzuleiten, es gäbe kein Brückenproblem, ist eben das kindische Pfeifen im Wald. Das darf nicht politischer Maßstab werden.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Beratungen zum Einzelplan 09.

Jetzt kommen wir – ich bitte dafür um ein bisschen Konzentration und die entsprechende Ruhe – zu insgesamt fünf Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir über den Einzelplan 09 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2109**, den Einzelplan 09 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD-Fraktion und Grünen-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Piratenfraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 09** in zweiter Lesung mit Mehrheit **verabschiedet**.

Jetzt holen wir die Abstimmung über den Einzelplan 20 nach. Darüber haben wir schon gestern diskutiert. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2120**, den Einzelplan 20 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – Grüne und SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 20** in zweiter Lesung mit Mehrheit **verabschiedet**.

Meine Damen und Herren, damit sind alle Einzelpläne beraten. Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Erstens stimmen wir über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 – Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – Drucksache 16/1402 ab. Die Beratungen darüber haben wir schon durchgeführt. Ich weise auf den Bericht und die **Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2117** hin. Wer stimmt der Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, diesen Gesetzentwurf anzunehmen, zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Piratenfraktion, und zwar geschlossen. Damit ist das GFG 2013 in zweiter Lesung mit Mehrheit **angenommen**.

Zweitens stimmen wir über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 – Haushaltsgesetz 2013 – Drucksache 16/1400 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2100**, den Gesetzentwurf anzunehmen. Die Beratungen sind ordnungsgemäß durchgeführt worden. Wer lehnt dieses Haushaltsgesetz ab? – Jetzt müsst ihr echt überlegen?

(Heiterkeit von der SPD)

Sie haben noch ein bisschen nachgedacht. Hier ist die Sache klar: CDU- und FDP-Fraktion lehnen das Gesetz ab, die Piraten lehnen das Gesetz ab.

(Zuruf)

– Ich frage ja gleich noch.

Wer stimmt dem Gesetz zu? – SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in großer Geschlossenheit. Gibt es Enthaltungen? – Einzelne Enthaltungen, drei Enthaltungen in der Piratenfraktion, wenn ich es richtig sehe, beim Haushaltsgesetz 2013. Das ändert alles nichts. Die Mehrheit hat entschieden. Das Gesetz ist in zweiter Lesung **angenommen**.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir stimmen ab – und das ist wichtig – über die **Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes 2013** – die Drucksachenummer haben wir alle jetzt gelernt und könnten sie im Chor sprechen – **Drucksache 16/1400** und des **Gemeindefinanzierungsgesetzes Drucksache 16/1402** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zur Vorbereitung der dritten Lesung. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig vom Hohen Haus so entschieden und diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich darf darauf hinweisen, dass die **dritte Lesung** der Gesetze zum Haushalt für die **Plenartage am 20., 21. und 22. März 2013** vorgesehen ist.

Wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 4 und gehen sofort zu:

5 Schienenproduktion in Duisburg erhalten – Landtag Nordrhein-Westfalen erklärt Solidarität mit den Beschäftigten der TSTG Schienen Technik GmbH & Co. KG Duisburg

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2132

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2216

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD Herrn Kollegen Börner das Wort.

Frank Börner (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen der TSTG auf der Tribüne! 400 Menschen im Duisburger Norden, motiviert, gut ausgebildet, die gute Arbeit vollbringen, sollen nun ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt werden, weil ein paar Vorstände, die die europäische Schienenproduktion kontrollieren wollen,